

nehmen (z. B. SDAG Wismut) oder zur Begrenzung der Haftung unter internationalem Aspekt (z. B. Deutsche Außenhandelsbank AG) gewählt. Sie unterscheidet sich grundlegend von der kapitalistischen A., da die Inhaber der Aktien überwiegend sozialistische Betriebe und staatliche Institutionen sind und eine gesellschaftliche Aneignung gesichert ist.

Aktionsabkommen KPD-SPD: Vereinbarung der ersten gemeinsamen Sitzung von führenden Vertretern des Zentralkomitees der *Kommunistischen Partei Deutschlands* und des Zentralausschusses der *-> Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* vom 19. 6. 1945. Erstes Aktionsabkommen zwischen den Führungen der beiden Arbeiterparteien seit der durch den Opportunismus herbeigeführten Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Auf der Grundlage des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD vom 11. 6. 1945, dessen Ziele im Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. 6. 1945 begrüßt und unterstützt wurden, erfolgte die Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses als Ausdruck der *-> Aktionseinheit*. Er hatte folgende Aufgaben: enge Zusammenarbeit bei der Liquidierung des Faschismus und der Errichtung einer antifaschistischen, demokratisch-parlamentarischen Republik; vereinte Bemühungen zur Bildung eines Blocks mit allen anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien; gemeinsame Vertretung der Interessen der Werktätigen in Stadt und Land; Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien; gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen. Dem Ausschuß gehörten je fünf Vertreter der beiden Parteiführungen an. Ziel war es, auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen. Das A. stützte sich auf bereits bestehende Aktions-

vereinbarungen auf unterer Ebene und rief alle Organisationen beider Parteien auf, ebenfalls gemeinsame Arbeitsausschüsse in Bezirken, Kreisen und Orten zu schaffen und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Aktionseinheit: Zusammenwirken verschiedener Arbeiterorganisationen (Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften u. a.) zur Verwirklichung der gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, unabhängig von unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Auffassungen ihrer Mitglieder. Die A. ist eine entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf der *-Arbeiterklasse* und Kern eines breiten Bündnisses aller demokratischen Kräfte des Volkes im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus (*-> Volksfront*). Sie dient der Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse, einer Folge des bürgerlichen Einflusses in der Arbeiterbewegung, der sich besonders in opportunistischen, aber auch in nationalistischen und religiösen Auffassungen äußert. Grundlage der A. ist die objektive Gemeinsamkeit der grundlegenden Interessen aller Teile der Arbeiterklasse. Die Grundprinzipien der A. wurden von K. Marx und F. Engels dargelegt und in der *-> Ersten Internationale* verwirklicht. W. I. Lenin entwickelte diese Prinzipien unter den Bedingungen des Imperialismus weiter. Er half den kommunistischen Parteien, die nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entstanden, eine Politik auszuarbeiten, die auf die Schaffung der A., besonders zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien, gerichtet war. Mit Unterstützung der *-> Kommunistischen Internationale* lernten diese Parteien, die A. im Kampf gegen Imperialismus und kapitalistische Ausbeutung zu entwickeln. Sie errangen dort große Erfolge, wo es gelang, die A. zu verwirklichen (z. B.